

GÖTTINGER BLÄTTER

10.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Verein Rotes Zentrum Göttingen gegründet!

Der 23. September 2018 steht künftig für einen verheißungsvollen Neubeginn der gemeinsamen Arbeit unter den linken Gruppen Göttingens. Das Rote Zentrum, seit zwei Jahren auf eine unscheinbare Etage im Obergeschoß der Langen Geismar 2 verbannt, wird neu erblühen.

Auf der gut besuchten Gründungsversammlung gab es neben Posaenklängen und Rotkäppchensekt auch die gemeinsame Bekundung aller, künftig die Angelegenheiten rund um das Zentrum konstruktiv, transparent und im Konsens zu regeln. Es wurde eine Satzung verabschiedet, die die zukünftige gemeinsame Arbeit regelt, und mit Viola und Toto zudem ein Vorstand bestimmt, der die weitere Arbeit anpacken wird.

Auf den Vorstand kommen jetzt die üblichen Aufgaben zu: Eintragung in das Vereinsregister, Schaffung einer Kontoverbindung, und und und. Aber es gibt noch mehr zu tun: Die Satzung sieht die Möglichkeit der Fördermitgliedschaft vor. Wem ein gemeinsames Rotes Zentrum am Herzen liegt und wer sich in der Lage sieht, einige Euro im Monat (gerne auch mehr) für die gemeinsame Arbeit innerhalb der linken Szene Göttingens erübrigen zu können, sollte über diese Form der Unterstützung nachdenken. Wegen der offenen Strukturen innerhalb des Vereines ist sichergestellt, dass alle Gruppen von den Fördergeldern profitieren.

Nicht unter den Tisch fallen darf in solch einer guten Stunde, dass das Rote Zentrum nicht bei Null anfangen musste: In den letzten Jahren oder Jahrzehnten hat sich die linke Szene Göttingens immer gut verständigen können, haben viele Personen auch diese Verständigung gelebt und damit möglich gemacht. Unser großer Schritt nach vorn in Richtung der Vertiefung und Ausweitung linker Bündnispolitik durch diese Vereinsgründung



im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Verein Rotes Zentrum	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Niedersachsen	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Rotes Zentrum	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2018
ist der 19. Oktober.
Auslieferung am 25. Oktober.

wäre daher ohne die gemeinsame Beratung und Leistung mehrerer Generationen mit ihren spezifischen politischen Kampferfahrungen nicht möglich gewesen.

Auf eine gemeinsame rote Zukunft!

Mehr zum Verein auf Seite 12.

Einladung zur Kreismitgliederversammlung der Göttinger-Linke

am 7. November 2018 um 19.00

in den Räumen der
„Rote Hilfe“
Geismar Landstr.3, Göttingen

*Die vollständige Einladung auf der
Seite der GöLinken, S. 10*



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

NoPOG –

▶ Parteijugenden in Niedersachsen kritisieren Polizeigesetz

Die Jusos Niedersachsen, Grüne Jugend Niedersachsen und die Jungen Liberalen Niedersachsen kritisieren das geplante "Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz" der Großen Koalition.

"Der angepriesene Kompromiss zwischen Sicherheitsinteressen und Grundrechtsschutz ist unserer Ansicht nach nichts anderes als ein Scheinkompromiss", so Jakob Blankenburg und Amy Selbig, Landesvorsitzende der Jusos Niedersachsen. "Viele Punkte in dem Papier stellen unserer Meinung nach massive Eingriffe in die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte dar", erklärt Amy Selbig. "Bis zu 74 Tage Präventivhaft, Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Online-Durchsuchungen konterkarieren dieses selbstgesteckte Ziel", ergänzt Jakob Blankenburg. Besonders das Vermummungsverbot stößt bei den Jungsozialisten auf Unverständnis. "Gerade vor dem Hintergrund, dass Boris Pistorius im Nachgang der G20 Proteste ein flexibleres Vorgehen der Polizei bei Versammlungen gefordert hat, wirkt die Wiedereinstufung

des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot als Straftat wie eine 180 Grad Wende des Ministers. Nicht jeder Vermummte begeht Gewalttaten, und die Aufgabe der Polizei ist es, auch in angespannten Situationen zu deeskalieren", so Blankenburg.

Dazu erklärt Paula Rahaus, Sprecherin der Grünen Jugend Niedersachsen: „Von einem 'ausgewogenen Kompromiss zwischen Sicherheitsinteressen und Grundrechtsschutz', wie es die GroKo betitelt, kann hier nicht die Rede sein. Der vorgestellte Gesetzesentwurf enthält dramatische Verschärfungen und Eingriffe in unsere Freiheitsrechte. Die GroKo will offensichtlich bayrische Verhältnisse in Niedersachsen. Durch die bundesweiten Ausweitungen der Befugnisse kommen wir auch in Niedersachsen einem Polizei- und Überwachungsstaat immer näher. Wir zweifeln außerdem an, dass die Ausweitung der Präventivhaft auf 74 Tage rechtskonform ist, und fordern rechtliche Schritte gegen diese Vorhaben.“ Timon Dzienus, Sprecher der Grünen Jugend Niedersachsen, ergänzt: „Die geplante Ausweitung der Fußfessel

ist besonders absurd, da sie keinen nachgewiesenen Schutz vor Straftaten darstellt, ineffizient ist und Grundrechte einschränkt. Mit der massiven Ausweitung der Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung werden unsere Bürgerrechte angegriffen und unsere demokratische Verfassung ignoriert. Besonders erschreckend ist dabei die geplante Einführung des 'Niedersachsen Trojaners', die umgehend zurückgenommen werden muss. Massive Grundrechtseingriffe mit einer abstrakten 'Gefahrenprognose' statt mit einer konkreten Gefahr zu begründen, untergräbt zudem die Rechtsstaatlichkeit. Die GroKo stellt damit unter Beweis, dass sie populistischen Forderungen folgt, anstatt vernünftige Sicherheitspolitik zu betreiben.“

Der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen (JuLis) Niedersachsen, Lars Alt, erklärt: "Mit dem neuen Polizeigesetz darf Niedersachsen nicht zum Polizeistaat werden. Die Möglichkeit einer undifferenzierten Präventivhaft von zweieinhalb Monaten und eine Ausweitung der Video- und Kommunikationsüberwachung leisten keinen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung. Das geplante Polizeigesetz stellt damit einen Angriff auf die Bürgerrechte dar, der mit unserem liberalen Rechtsstaatsverständnis unvereinbar ist. Die Landesregierung sollte vielmehr dafür Sorge tragen, dass die bestehenden Gesetze endlich effektiv angewendet werden."

Anti-Antifa im Parlament

Die AfD geht in Landes- und Kommunalparlamenten mit Anträgen und Anfragen gezielt gegen Nazigegner und Antifaschisten vor. In Berlin haben sich daraufhin mehr als 50 Träger sozialer Einrichtungen und demokratischer Projekte in einer gemeinsamen Erklärung gegen Behauptungen und Unterstellungen gewandt, mit denen die AfD versuche, „Träger, Projekte und zivilgesellschaftliche Bündnisse zu diffamieren und mundtot zu machen“. Nach Feststellung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) ist die Diffamierung der demokratischen Zivilgesellschaft zu einem Arbeitsschwerpunkt der AfD-Fraktionen geworden. Fünf Abgeordnete der AfD, die in ihren Bundesländern an der Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden beteiligt sind, haben in einer Erklärung das Verbot „der Antifa“ gefordert. Nach ihren Darstellungen

existiere eine „Antifa-Vereinigung“ mit „Verbindungen“ zu Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Regierung.

Migrationshintergrund führt zu Überprüfungen

In den ersten vier Monaten dieses Jahres (Januar bis April 2018) wurden von Neonazis und Rechtsextremisten nach vorläufigen Erkenntnissen der Polizei 3.714 Straftaten begangen, darunter 174 Gewalttaten. Das ergibt sich aus den Antworten der Bundesregierung auf die regelmäßigen Anfragen von Petra Pau (Linksfraktion). Auf eine Anfrage der Grünen Innenexpertin Irene Mihalic teilte das Bundesinnenministerium zudem mit, dass im Bereich Rechtsextremismus rund 750 Personen über eine oder mehrere waf-

fenrechtliche Erlaubnisse verfügen. Hinzu kommen mindestens 1.200 von insgesamt 18.000 „Reichsbürgern“, die ebenfalls legal Waffen besitzen.

Rechtsextremer Waffenbesitz

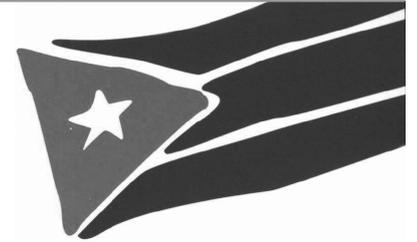
Fünzig Projekte aus dem vom Bund geförderten »Demokratie leben« wurden vom Verfassungsschutz überprüft. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage aus der Linksfraktion hervor. In Hessen wurden zwanzig Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund, vorwiegend Wissenschaftler, die wegen ihrer „hervorragenden Leistungen“ und als „Vorbild für Integration“ in einer Feierstunde des Sozialministeriums geehrt wurden, vorher vom Verfassungsschutz überprüft.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

am 9. Oktober um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Für wen ist das Modell Kubas nicht funktionsfähig?†

Wie es aussieht, machen sich viele Sorgen über das sozialistische Modell Kubas, wenn der US-Verteidigungsminister James Mattis persönlich behauptet, dass „das Modell Kubas weder für Kuba noch für sonst jemanden funktioniert“

(Autor: Bertha Mojena Milián | internet@granma.cu)

Wie es aussieht, machen sich viele Sorgen über das sozialistische Modell Kubas, wenn der US-Verteidigungsminister James Mattis persönlich behauptet, dass „das Modell Kubas weder für Kuba noch für sonst jemanden funktioniert“.

Bei einer Pressekonferenz im Pentagon nahm Mattis Bezug auf seine jüngst zu Ende gegangene Rundreise durch Länder wie Brasilien, Argentinien und Kolumbien und hob die auf dem Kontinent herrschende „Stabilität“ hervor, ohne natürlich klarzustellen, dass davon Venezuela, Kuba und Nicaragua ausgenommen seien.

Und in Anerkennung der Fortschritte seiner imperialen Pläne wiederholte er: „Trotz der Probleme, denen wir offensichtlich momentan in dieser Hemisphäre gegenüberstehen, haben wir das Glück, obwohl die Welt instabil ist, Zeuge der wachsenden Demokratie und des wachsenden Wohlstands in dieser Region zu sein.“

Ganz offensichtlich verfolgt Mattis das gleiche Drehbuch wie diejenigen, die vor ihm diese Rundreise durch die Region unternommen hatten, um das zu festigen, was sie als „strategische Allianzen“ bezeichnen. Daraus ergibt sich auch das Interesse, „eine sichere, prosperierende, demokratische Hemisphäre mit energischer Sicherheit zu propagieren“, wie dies auch bereits Rex Tillerson getan hat.

Es ist ganz offensichtlich, wer diejenigen sind, die, auch wenn sich ihr Bemühen als unangenehm gestaltet, in einer Region, die weiter daran arbeitet, eine Zone des Friedens zu sein, ihre Souveränität, ihre Bindungen der Zusammenarbeit und die Brüderlichkeit und die Einheit, die ihre

Völker stärkt, über alle Differenzen stellt, den Rückschritt herbeizuführen.

Venezuela und Nicaragua waren aller Arten von Putschen und Bedrohungen ausgesetzt und sind jedes Mal gestärkter daraus hervorgegangen. Und dies ohne von jemanden Rechenschaft zu fordern, jemanden zu verletzen, aus eigenen Anstrengungen und immer mit Würde.

Was Kuba angeht, lohnt sich die Frage wer jene sind, für die das kubanische Modell nicht funktionsfähig ist. Oder wie ein Kollege sagen würde: Wenn es bewiesen ist, dass es nicht funktionsfähig ist, warum muss man dann die Wirtschafts-, handels- und Finanzblockade gegen unser Volk aufrechterhalten?

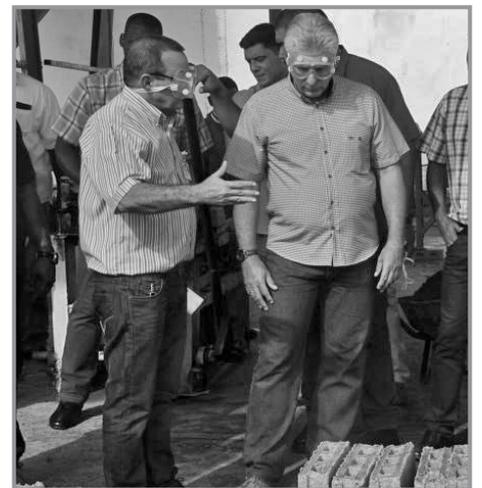
Es stellen sich auch noch andere Fragen: Jagt es ihnen vielleicht einen solchen Schrecken ein, dass so viele Millionen Kubaner im Land und über 1.400.000 Söhne und Töchter des Landes, die sich im Ausland aufhalten, eine tragende Rolle bei einer Volksbefragung einnehmen und Beiträge leisten, die es ihnen ermöglichen ihre Verfassung zu verändern und den sozialistischen Charakter unseres Prozesses wieder zu bestätigen? Hat Herr Mattis die Eltern und Familien von Hunderttausenden von Kindern und Jugendlichen gefragt, die am 3. September wieder zur Schule gehen und deren Kleine, bevor sie ein Jahr alt sind, gegen 13 Krankheiten geimpft wurden, ohne dass dies sie nur einen einzigen Cent gekostet hätte?

Mit seiner für ihn typischen imperialen Rhetorik, die den Kubanern wohl bekannt ist, sucht Herr Mattis, immer höflich und professionell, aber mit einem Plan in der Hand, seine eigene Empfehlung in die Praxis umzusetzen und gegen jene vor-

zugehen, die sich seinen hegemonischen Interessen widersetzen.

Wir hier wissen gut, dass unser Modell unvollkommen ist, deswegen überdenken wir es, um es zu perfektionieren, um weiter zusammen am Wohlstand aller zu arbeiten, aber dies – und das haben wir schon vor langer Zeit gelernt – es steht einzig und allein den Kubanern zu, darüber zu entscheiden und die Protagonisten dieses Prozesses zu sein, so wie wir dies jetzt sind.

Eins ist klar, es wird nie ein Modell geben, das vom Kapital aufgezwungen wird und dessen Interessen oder dem der reichen Minderheit der Ausbeuter der Welt dient. Werden das diejenigen, die sich solche Sorgen um die Funktionsfähigkeit unseres Modells machen, einmal verstehen?



Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Präsident des Staats- und des Ministerrats, leitet den Regierungsbesuch, der während zwei Tagen die Entwicklung wichtiger Wirtschafts- und Sozialprogramme in Villa Clara überprüfen wird



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► UZ-Pressesfest – Viel Kraft wird benötigt ...

Das größte Fest der deutschen Linken fand dieses Jahr erneut in Dortmund statt, aber nicht etwa in den Sommerferien, sondern Anfang September. Auch dieses Jahr beteiligten sich Zehntausende, eine leichte Steigerung der BesucherInnen nach den letzten Malen. Insgesamt wurden über 40 000 BesucherInnen geschätzt. Das Fest stand im Zeichen von zahlreichen Jahrestagen: 200 Jahre Karl Marx (gewürdigt mit einer Karl-Marx-Bühne), 100 Jahre KPD und nach ihrer Neukonstituierung 50 Jahre DKP sowie 50 Jahre SDAJ.

Zahlreiche Angebote wurden von den Menschen besucht, so etwa das Anti-Kriegs-Meeting der DKP, wo die DKP knapp 30 000 Unterschriften für die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ an Rainer Braun übergeben hat (eine Woche später waren es über 32 000 Unterschriften). Der Platz an der Hauptbühne war mit mehreren tausend Menschen brechend voll. Viele waren gekommen, um der Holocaust-Überlebenden und Antifaschistin Esther Bejarano mit der Hip Hop Band Microphone Mafia zuzuhören. Als im Anschluss noch Konstantin Wecker spielte, war die Stimmung ausgesprochen ausgelassen.

Neben den kulturellen Angeboten war

der Platz auch politisch gefüllt mit Zelten der DKP-Bezirke, der KKE, der TKP und Casa Cuba u.a.. Die UZ-Bühne, wo der Autor dieser Zeilen über die Situation in Syrien referierte, gab einem breitem Publikum die Möglichkeit die ehrenamtlichen AutorInnen und die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung kennenzulernen. Auch die SDAJ organisierte z.B. eine Lesung zu ihrem 50-jährigen Bestehen sowie eine Veranstaltung zur Einführung in den Marxismus mit Jürgen Lyold. Es wurde aber auch praktische politische Arbeit dargestellt. Zum Beispiel berichteten Gewerkschaftssekretäre aus NRW und dem Saarland, die den Streik in den Kliniken um die Personalbemessung begleitet haben, und eine Krankenpflegerin aus Hamburg über die Kämpfe und die Lage der Pflegekräfte.

Im Zelt der niedersächsischen KommunistInnen wurden Kuchen, Tee und regionale Leckereien wie Mooswurst oder Cocktails angeboten und verkauft. Auch gab es Diskussionsrunden wie „Auf dem Weg zum Faschismus?“ über die neuen Polizeigesetze mit Conny Kerth, Bundessprechlerin der VVN/BdA, Gabriele Heinecke, Rechtsanwältin aus Hamburg, dem von Repression betroffenen Genossen Claudio aus Nürnberg und



Mitgliederversammlungen Juli/August:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

KMV Dienstag, 02. Oktober, 20:00 Uhr

MV Dienstag, 16. Oktober, 20:00 Uhr

Referat zu dem niedersächsischen Polizeigesetz

Die Sitzung am 30.10. fällt aus wegen Brückentag.

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP.

Ein solches Fest kostet viel Kraft. Die DKP wird kleiner, unsere Kräfte werden geringer. Lohnt sich der Aufwand fragen Viele, auch KommunistInnen. Es ist richtig zu zweifeln, sich Gedanken zu machen und Sachen zu hinterfragen. Aber es wäre einseitig nur die viele Kraft, die man aufwendet, um das Fest zu realisieren, zu messen und dabei die Kraft, die man aus diesem Fest gewinnt, zu übersehen. Zu sehen, wie hunderte KommunistInnen, BündnispartnerInnen und Parteilose für lau mithelfen und dabei sogar ihren Urlaub opfern, aus Überzeugung und Zuversicht auf eine bessere Welt, gibt Hoffnung, dass eine solche Welt durch vorbildhafte/kommunistische Arbeit der HelferInnen möglich ist und heute schon ihre Keime bildet.

Das gibt Hoffnung, das verleiht Kraft für die Kämpfe im Alltag.

Ein neuer Kurs hat angefangen

Das Kapital

Wir treffen uns alle 2 Wochen am Dienstag von 19:00 bis 21:30 bei Arbeit und Leben.

Kontakt: tom-oesterreich@web.de

**GROBIAN
GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS**

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Filmfreunde Grone – Winterkino Grone 2018/2019



Das Winterkino Grone zeigt 2018/19

- 19. Oktober
Ein Flüchtling bei Weichmanns *
- 16. November
Ohne Papiere in Paris *
- 14. Dezember
Ein französisches Festmahl *
- 18. Januar
Ein Beutel Glaskugeln *
- 15. Februar
Die Klasse der Madame G. *
- 16. März
Am Ende ein Fest
in der Jona Gemeinde
(Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)

ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr
Eintritt 1€ (für Verzehrbon)
Es werden Speisen und Getränke angeboten

* Alle Filme sind originale Kinofilme. Die ursprünglichen Titel dürfen wir aus lizenzrechtlichen Gründen nicht drucken.

Winterkino Grone

Ein Flüchtling bei Weichmanns

Angelika beschließt gegen den Willen ihres Mannes, einen Flüchtling aufzunehmen. Aber auch die erwachsenen Kinder zieht es wieder ins Elternhaus. Das führt zu Konflikten und Turbulenzen. Komödie, Deutschland 2016

Ohne Papiere in Paris

Samba lebt ohne Erlaubnis in Paris. Mit der Aussicht auf Anstellung als Koch wendet er sich an die Behörden, landet aber in Abschiebehaft. Dort lernt er Alice kennen, die sich um ihn bemüht. Komödie, Frankreich 2014

Ein französisches Festmahl

Nach dem Scheitern der Pariser Commune flieht die Köchin Babette in ein dänisches Dorf, dessen Gemeinschaft nach strengen Regeln lebt. Jahre später gewinnt sie viel Geld und beschließt, sich für die Gastfreundschaft mit einem Festmahl zu bedanken. Drama, Dänemark 1987

Ein Beutel Glaskugeln *

Die Familie eines jüdischen Friseurs muss 1941 aus Paris fliehen. Da die gemeinsame Flucht zu gefährlich ist, schlagen sich die Brüder Joseph (10) und Maurice (12) alleine nach Südfrankreich durch. Biografisches Drama, Frankreich 2017

Die Klasse der Madame G.

Madame Gueguen übernimmt eine 10. Klasse in einem Pariser Vorort. Die Schüler sind ohne Hoffnung in die Zukunft. Um das Potenzial der Kinder zu wecken, meldet die Lehrerin die Klasse zu einem landesweiten Wettbewerb an. Drama nach einer wahren Begebenheit, Frankreich 2014

Am Ende ein Fest

Yana will ihrem schwerkranken Mann helfen zu sterben. Gemeinsam mit ihren Freunden entwickelt sie eine Selbsttötungsmaschine. Nach der Beerdigung melden sich weitere Interessenten... Tragikomödie, Israel 2014

Das Winterkino Grone wird veranstaltet von einer Kooperation der Jona Gemeinde, der „Bürgerinitiative Grone-Süd zum Erhalt der Wohnqualität e.V.“, und der „Groner Bürgerinitiative Antifaschismus“ (GroBiAn)





DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Keine Versammlung im Oktober

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 24. Oktober, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Schwerpunktthema: „Faschistische Gefahr und antifaschistische Strategie“, Referent: Dr. Peter Strathmann

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 10. Oktober 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Hann. Münden Offene Mitgliederversammlung

Donnerstag, 25. Oktober, 19 Uhr in Gaststätte Zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Münden mit Eckhard Fascher und Edgar Schu

Jede® kann kommen. Alles, was Euch interessiert kann angesprochen und diskutiert werden.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Kurt Saalmann (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 16. Oktober, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Veranstaltung:

Lesung/ Diskussion Die Kurden: Ein Volk zwischen Unterdrückung und Rebellion

mit Karem Schemberger und Michael Meyen

Donnerstag, 4. Oktober, 19:00 Uhr bei Ver.di, Groner-Tor-Str. 32, Göttingen mit Ralf Beduhn, Pädagoge und AfD-Experte.



KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalmann, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 11 – September 2018

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Auch die Kreistagssitzung im September stand im Zeichen von Initiativen unserer Gruppe. Insbesondere zur Flüchtlingspolitik wurde eine lebhaftige Debatte geführt. Dazu gab es auch eine Aktion des AK Asyl. Dessen Mitglieder entrollten vor der Sitzung ein riesiges Transparent mit 17000 Namen von Flüchtlingen, die zwischen 1993 und 2015 auf ihrer Flucht im Mittelmeer ertrunken sind.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 11 – Diversitätsmanagement für den Landkreis Göttingen

Der Antrag unserer Gruppe, der Landkreis Göttingen solle die Charta der Vielfalt unterzeichnen, wurde fast einstimmig angenommen. Die Charta der Vielfalt will die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitswelt in Deutschland voranbringen. Organisationen sollen ein Arbeitsumfeld schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Zahlreiche Institutionen und Unternehmen auch in und um Göttingen hatten die Charta bereits unterzeichnet. Hierzu zählen etwa die Stadt und Universität Göttingen. Die Stadt Göttingen und die Universität nehmen zusammen mit regionalen Unternehmen regelmäßig am Diversity-Tag teil, der als bundesweiter Aktionstag vor allem ein Bewusstsein für Vielfalt in der Gesellschaft schaffen will. Der Landkreis Göttingen hat mit der Unterzeichnung der "Charta der Vielfalt" nun die Chance, sich an einer zeitgemäßen und notwendigen Entwicklung zu beteiligen und in den Landkreis hinein zu tragen.

Redner aus den einzelnen Fraktionen wiesen aber auch darauf hin, dass es als Folge der Unterzeichnung nun konkrete Veränderungen geben müsse.

TOP 22 – Mehr geflüchtete Menschen aufnehmen

Unser Antrag sah in der zuletzt eingebrachten Fassung vor, der Landkreis Göttingen solle an das Niedersächsische Innenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) herantreten, um über das bisherige Kontingent hinaus 50 weitere Geflüchtete in den Landkreis Göttingen aufzunehmen. Die 50 neuen Flüchtlinge sollten Familienangehörige der im Landkreis Göttingen schon wohnenden Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz sein.

Von der SPD gab es dazu einen Änderungsantrag mit völlig anderer Zielsetzung. Danach solle der Landkreis seine Bereitschaft erklären, mit der Stadt Göttingen über die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus dem Kontingent der Stadt zu verhandeln. Kurz gesagt: keine Aufnahme weiterer Flüchtlinge sondern nur eine Veränderung der Wohnsitze.

Konrad Kelm verwies als Redner unserer Fraktion auf die im Grundgesetz verankerte Forderung nach besonderem Schutz für die Familie. Dies beziehe sich nicht nur auf deutsche Familien, sondern gilt für alle. Zudem hätten die derzeit geltenden Regelungen für den Familiennachzug einen viel zu langen Zeithorizont.

Die Redebeiträge aus SPD und CDU zielten dann in eine ganz andere Richtung. Dabei wurde eine inhaltliche Auseinandersetzung damit umschifft, dass es nun mal gesetzliche Regelungen gebe und die kommunale Ebene nur für den Vollzug von anderswo getroffenen Entscheidungen zuständig sei. Frau Surup von der SPD versteifte sich gar wieder einmal zu der Behauptung, es gehe beim Antrag unserer Gruppe um die „Durchsetzung ideologischer Ziele“.

Erfreulicherweise gab es aber auch Unterstützung für uns aus den Fraktionen der Grünen, der Wählergemeinschaft und von einzelnen Vertretern der FDP und der CDU, wodurch noch eine kleine Debatte um die christliche Nächstenliebe als Grundlage christdemokratischer Politik geführt wurde.

Die Unterstützung reichte allerdings nicht aus, um unseren Vorstellungen zu einer Mehrheit zu verhelfen, womit dann lediglich das Übernahmeangebot an die Stadt Göttingen beschlossen wurde.

TOP 32 bis 36 – Neu eingebrachte Anträge

Die Einbringung von fünf neuen Anträgen unserer Gruppe erfolgte dann zum Schluss der Sitzung:

- Runder Tisch zur Situation des Seeburger Sees

Die Situation des Seeburger Sees stellt sich nach wie vor sehr unbefriedigend dar. Wir sind daher der Ansicht, dass alle Beteiligten dringend an einen Tisch gehören und schlagen deshalb die Einrichtung eines runden Tisches „Seeburger See“ vor.

- Verkehrsregelnde Maßnahmen auf der B247

Mit dem Antrag soll eine Entlastung der Anlieger an der B 247 in den Ortschaften Oberfeld und Mingerode erreicht werden. Der LKW-Verkehr führt besonders in der Ortslage Oberfeld zu einer Lärm- und Schadstoffbelastung.

- Sondergebiet Logistik in Hebenshausen

Zwischen dem hessischen Grenzort Hebenshausen und Eichenberg-Bahnhof in der direkten Nachbarschaft zu der Gemeinde Friedland soll ein „Sondergebiet Logistik“ erschlossen werden. Eine Fläche von ca. 80 ha. derzeitiges Ackerland soll hierzu verbraucht werden. Hierbei wäre das Gebiet der Gemeinde Friedland, insbesondere der Ortsteil Niedergandern, durch überörtlichen Verkehre, Licht- und Lärmemissionen betroffen.

- Bürgerplattform für den Landkreis Göttingen

Vorschlag unserer Gruppe: Der Landkreis Göttingen richtet eine digitale Bürgerplattform ein, auf der die Einwohner/innen des Landkreises Göttingen Vorschläge für Politik und Verwaltung einbringen können. Vorbild ist dabei Liquid Friesland des Landkreises Friedland. Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass Ideen von weiteren Besuchern der Bürgerplattform unterstützt werden.

- Resolution Freiheit statt Angst – kein 1984 für Niedersachsen

Derzeit reiht sich auch Niedersachsen in eine Reihe von Gesetzesverschärfungen ein. Geplant ist die Verabschiedung eines umfassend novellierten niedersächsischen Polizeigesetzes, das künftig den Namen „Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz“ - kurz „NPOG“ - tragen soll. Aus unserer Sicht ist dies ein Frontalangriff auf die Grundsätze des Rechtsstaates.

Die Diskussion dieser Anträge erfolgt nach den Herbstferien in den Fachausschüssen. Über die anschließende Debatte im Kreistag berichten wir wie gewohnt im nächsten Kreistagsinfo.



► OMV Göttingen:

Mehr Klimaschutz durch ticketfreien ÖPNV

Auf ihrer gut besuchten Mitgliederversammlung am 12. September diskutierten die Mitglieder im Ortsverbandes Göttingen über das Sofortprogramm Klimaschutz des Parteivorstandes (vgl. GöBlä 9/2018, S.9), das von Eckhard Fascher vorgestellt und erläutert wurde. Dieses besteht aus folgenden fünf Punkten:

- Flächendeckender ticketfreier ÖPNV
- Ausbau des Bahnverkehrs
- Schluss mit den Subventionen des Flugverkehrs
- Rekommunalisierung der Energieerzeugung
- Sofortprogramm Kohleausstieg

Hierbei handelt es sich um einzelne wichtige Bausteine zum Klimaschutz, nicht um ein Gesamtprogramm. Aber gerade der Bereich Verkehr als Schwerpunkt des Sofortprogramms findet bei den bishe-

rigen Maßnahmen zum Klimaschutz viel zu wenig Beachtung.

Der Schwerpunkt der Diskussion lag beim „Flächendeckenden ticketfreien ÖPNV“. Dies war bereits eine Forderung der LINKEN Niedersachsen zur Kommunalwahl, die auch im Göttinger Kommunalwahlprogramm verankert wurde. Bereits im März 2014 wurde bei einem Regionstreffen der südniedersächsischen Kreisverbände ein ticketfreier ÖPNV für den VSN-Bereich gefordert (GöBlä 4/2014, S.11).

Positiv bewertet wurde die Forderung des Parteivorstandes, einen bundesweiten kostenfreien ÖPNV kostendeckend mit rund 18 Milliarden Euro aus den Bundeshaushalt zu bezuschussen. Dies ist gegenüber Modellen einer allgemeinen Umlage (Semesterticket für alle) sozialverträglicher und leichter zu realisieren.

Am Beispiel der belgischen Stadt Hasselt, in der es bis 2013 einen kostenlosen und seitdem einen immer noch vergleichsweise günstigen ÖPNV (Fahrt 70 Cent) gibt, konnte die Zahl der Fahrgäste, Linien und Busse jeweils mehr als verzehnfacht werden. Dies ging auch deutlich zulasten des Autoverkehrs, was allerdings auch mit Maßnahmen wie allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen, einer deutlichen Ausdehnung der Fußgängerzone und verkehrsberuhigende Maßnahmen erreicht wurde. Gleichzeitige Maßnahmen, um den Autoverkehr unattraktiver zu machen, sind unbedingt erforderlich, um auch Autofahrer in großer Zahl zum Umsteigen zu bewegen. Es wäre eher kontraproduktiv, überwiegend Fußgänger und Fahrradfahrer zum Umsteigen zu motivieren. In der Diskussion stieß dieser Ansatz auf ein positives Echo. Einig war man sich darin, das bisherige innovative Ansätze wie Anrufsammeltaxis verstärkt genutzt werden müssen.

Das Thema soll weiter diskutiert werden. Im Kreistag wird bald eine neue Tarifstruktur für den ÖPNV diskutiert. In diesem Zusammenhang wäre eine Rekommunalisierung des außerhalb der Stadtgrenzen Göttingens privaten ÖPNV wichtig. *E.F.*

Kreismitgliederversammlung:

► Wohnungs- und Pflegekampagne und Neuwahl des Schatzmeisters

Bei der Mitgliederversammlung am 19.9. waren bemerkenswert viele neue Gesichter zu sehen. Schwerpunkte waren die Neuwahl des Schatzmeisters, der Bericht vom Landesparteitag und die beiden bundesweiten Kampagnen zu Pflege und Wohnen.

Als Schatzmeister wurde mit nur einer Gegenstimme Dietmar Reitemeyer gewählt, der dieses Amt bereits vor einigen Jahren bekleidete und danach Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission wurde. Er ist seit seiner Jugend politisch aktiv, u. a. bei den Jusos und bei attac, seit 2008 bei den LINKEN. 2010 bis 2012 und seit 2016 war er Sprecher des Ortsverbandes Göttingen. Vor zwei Jahren wurde er zudem in den Sprecherkreis der GöLinke gewählt. Neben der Kommunalpolitik sind seine inhaltlichen Schwerpunkte politische Ökonomie und Mobilität.

Das Fazit des Landesparteitages fiel gemischt aus. (vgl. auch S. 9). Bemängelt wurde vor allem, dass die wichtige Debatte zur Europapolitik nicht auf dem Landesparteitag geführt wurde, sondern die verschiedenen Anträge erst beim Landesparteirat am 30.9. behandelt werden sollten.

Zur Durchführung der Wohnungs- und Mietkampagne im Kreisverband hatte sich am Tag vor der KMV eine Arbeitsgruppe getroffen, die verschiedene Aktionen vor überbeuertem und herunter gekommenem Wohnraum plant. Zu diesem Thema gibt es bereits Aktivitäten innerhalb der GöLinke - insbesondere in Grone - die jetzt verstärkt auf das übrige Stadtgebiet ausgedehnt werden können. Der offizielle Start der Kampagne soll bei einer bundesweiten Konferenz am 9./10. November in Göttingen erfolgen. (vgl. GöBlä 9/2018, S.8)

Zum Thema Pflege wurden in den vergangenen Monaten bereits einige Informationsstände durchgeführt. Die Durchführung beider Kampagnen wurde in Verbindung mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Kreisverbandes diskutiert. Während das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ vor allem ein Thema in Göttingen und angrenzenden Gemeinden ist, kann mit dem Thema Pflege auch in der Fläche wie in Hann. Münden oder dem Altkreis Osterode gepunktet werden. Geplant sind Infostände bzw. auch Veranstaltungen.

Nicht wirklich beantwortet werden konnte die Frage wie mehr Mitglieder zum Mitmachen animiert werden können. Eingefordert wurden hier eine bessere Ansprache der Neumitglieder und mehr inhaltliche Diskussionen bei Mitgliederversammlungen. So soll noch vor Beginn des Europawahlkampfes eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Europapolitik durchgeführt werden. Es wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass beispielsweise bei jeder Versammlung des OV Göttingen ein inhaltliches Schwerpunktthema diskutiert wird. *E.F.*

► Bericht vom Landesparteitag – was an einem Tag behandelt werden kann

Im Vorfeld des Landesparteitags vom 8. September in Oldenburg zeichneten sich vor allem drei Themen ab: Der bevorstehende Europawahlkampf, die notwendige Nachwahl einer/eines Landesvorsitzenden, die notwendige redaktionelle Überarbeitung der Satzung der Landespartei.

Da man sich mit Blick aufs Budget der Landespartei gegen eine mehrtägige Tagung entschieden hatte, war schon im Vorfeld abzusehen, dass nicht alle vorgesehenen Tagesordnungspunkte durchgearbeitet werden könnten. Sowohl die Nachwahl des Landesvorstandes als auch Änderungen der Satzung darf nur der Landesparteitag vornehmen. Daher war es vor allem wichtig, diese Punkte erfolgreich durchzuarbeiten.

Obwohl redaktionelle Änderungen von Satzungen bestimmt nicht das Reizvollste

sind, was man mehrere Stunden am Wochenende tun möchte, will ich wenigstens zu einem Detail etwas sagen:

Von diesem Parteitag an wird unsere Landespartei bei Wahlen in Zukunft auf dem Wahlzettel wie andere Parteien auch mit der einfachen Kurzform DIE LINKE statt umständlich und die Wähler*innen möglicher Weise verunsichernd „DIE LINKE. Niedersachsen“ zu lesen sein. Dieser Vorteil wirkt sich dann natürlich auch so aus, dass wir auf Wahlplakaten DIE LINKE schreiben können und wissen, dass dies das gleiche ist, was die Leute hinterher auch auf den Wahlzetteln lesen werden. Hierfür war eine entsprechende Änderung in der Satzung notwendig.

Diese und weitere ungezählte Änderungen, verteilt über fast alle Satzungsparagraphen, waren vom Landesvorstand und einer zuständigen Kommission

sorgfältig vorbereitet und von den über hundert Delegierten in einem Abstimmungs-marathon über mehrere Stunden abgestimmt, mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen oder abgelehnt worden.

Die Bearbeitung der verschiedenen Anträge zum Thema Europawahl wurden auf die kommenden Landesausschüsse vertagt. Dazu gehörten neben der Frage, ob eine Wahl- und Kulturkommission gegründet werden und ihre Arbeit aufnehmen soll, weitere Anträge, welche sich zu inhaltlichen Kernen für den Europawahlkampf positionieren. Auch fast alle Anträge, welche unter dem Stichwort „Weitere Anträge, TOP 13“ nicht mehr behandelt werden konnten, werden Aufgabe für die Delegierten im Landesausschuss am 29.9. und folgenden sein.

Die grundsätzliche Positionierung, dass für den kommenden Europawahlkampf der LINKEN die Aussage des Magdeburger Parteitags, die EU sei „neoliberal, militaristisch und undemokratisch“ eine Grundlage sein sollte, wurde gleichzeitig mit dem Beschluss zur Überweisung an den Landesausschuss getroffen.

Sämtliche Anträge sind auf der Seite www.dielinke-nds.de unter „Partei“ „Gremien“ „Landesparteitag“ zu finden.

E.SCH.

Ergänzend zur Dokumentation hier noch die Pressemitteilung des Landesverbandes nach dem Parteitag:

► Linken-Spitze in Niedersachsen wieder komplett

Niedersächsischer Landesparteitag wählt Lars Leopold zum neuen Landesvorsitzenden

Der 40-jährige Kaufmann im Groß- und Einzelhandel aus Eime bei Hildesheim wurde vom Landesparteitag der niedersächsischen LINKEN am letzten Samstag als Nachfolger der im Juni wegen Arbeitsüberlastung vom Landesvorsitz zurückgetretenen Bundestagsabgeordneten Pia Zimmermann zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

„Damit sind wir wieder komplett“ so die Landesvorsitzende Anja Stoeck aus Winsen und freut sich auf die zukünftige gemeinsame Zusammenarbeit mit Lars Leopold im Landesvorsitz.

Lars Leopold gehörte bereits dem 19-köpfigen Landesvorstand an und vertritt zudem die LINKE im Kreistag

von Hildesheim. Als seine Nachfolgerin im erweiterten Landesvorstand wählte der Landesparteitag die 30-jährige Projektkoordinatorin Heidi Reichinnek aus Osnabrück, die Landessprecherin des Linken Jugendverbandes solid.

„Ich bin zuversichtlich“, so Leopold, „dass wir gemeinsam den schleichenden Weg in einen niedersächsischen Überwachungsstaat durch das geplante Polizeigesetz noch stoppen können“. Die Großdemonstration am Samstag mit über 12.000 Menschen, zu der DIE LINKE zusammen in einem sehr breiten Bündnis aufgerufen hatte, sei erst der Anfang. Er glaube nicht, dass die SPD-CDU-Landesregierung dieses Gesetz in Niedersachsen gegen den breiten Widerstand in der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen könne. „Das wollen wir gemeinsam verhindern“, so der neue Linken-Vorsitzende.

Als Gast auf dem Linken Landesparteitag wurde die GEW-Vorsitzende Laura Pooth mit großem Beifall begrüßt. Sie kritisierte den offensichtlichen Widerspruch der Versprechungen der Landesregierung im Bildungsbereich endlich aktiv zu werden mit dem realen Alltag. Eine enorme Abordnungswelle schwappe durchs Land und führe zu teils chaotischen Situationen an den Schulen. 2,5 Millionen Überstunden, Zwangsteilzeit und Aufschiebung der versprochenen Besoldungserhöhung - das sei die Realität. Unter dem Motto „Es reicht! Nicht unter diesen Arbeitsbedingungen!“ rufe die GEW daher zu Beginn der niedersächsischen Haushaltsberatungen am 13.09.2018 zu einer Demonstration vor dem Landtag auf. Der Linke Parteitag unterstützt die GEW-Demonstration und rief einstimmig seine Mitglieder auf sich an der GEW-Demonstration zu beteiligen.

Einmischen!
Mitmachen!





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Einladung zur

Kreismitgliederversammlung der Göttinger-Linke

am 7. November 2018 um 19.00

in den Räumen der „Rote Hilfe“, Geismar Ldstr. 3, Göttingen

1. Eröffnung / Begrüßung
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung
3. Beschlussfassung über Tages-, Geschäfts- und Wahlordnung
4. Rechenschaftsberichte der Fraktion und Göttinger-Linke Kassenbericht
5. Bericht der Kassenprüfung
6. Entlassung der Kassenprüfer*in
7. Entlassung des bisherigen Sprecher*innenkreis und des/der Kassenwart*in
8. Neuwahl des Sprecher*innenkreis und des/der Kassenwart*in
9. Wahl zweier Kassenprüfer*in
10. Elementare Themen zur zukünftigen Ratsfraktionsarbeit der Göttinger-Linke
11. Nachfolge von Gerd Nier.
12. Nachrücker*innen stellen sich vor.
13. Bildung einer Gruppe mit Herrn Wucherpfennig zur gemeinsamen Ratsfraktionsarbeit.
14. Vorstellung des Trägervereins „RotesZentrum“
15. Anliegen der Mitglieder*innen und der „Parteilosen“
16. Sonstiges und Verschiedenes
17. Schlusswort

Antragsschluss für Anträge ist der **26. Oktober 2018**.

Antragsberechtigt sind alle Mitglieder der Göttinger Linke.

Anträge sind zu schicken an: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
 Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
 BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

🎬 Broistedt wirft Linken „Fake News“ vor

Sanierungspläne der Adler Real Estate AG für Wohnungen in Grone-Süd erneut Thema im Rat

Göttingen. Sozialdezernentin Petra Broistedt erhob während der jüngsten Sitzung des Rates der Stadt Göttingen Vorwürfe gegen die Göttinger Linke. Anlass war ein Antrag zu den Umbau- und Sanierungsplänen der Adler Real Estate AG für zahlreiche Wohnungen in Grone.

„Die Leute sind verzweifelt“, berichtete Edgar Schu (Gö-Linke) von Gesprächen mit betroffenen Mietern, denen bei einer Infoveranstaltung im August eine Mieterhöhung von „durchschnittlich 2,59 Euro pro Quadratmeter“ angekündigt worden sei. Selbst eine Erhöhung von „drei Euro oder mehr“ habe die Adler Real Estate demnach nicht ausschließen wollen. Die Verwaltung sei bisher von einer Mieterhöhung um zwei Euro ausgegangen, ebenso von einer jetzigen Durchschnittsmiete von 5,40 Euro. Diese liege laut Schuh aber tatsächlich bei 8,40 Euro. „Hier werden Hunderte Wohnungen mit bezahlbarem Wohnraum vernichtet“, so Schu.

„Ob wir die Adler AG gut finden oder nicht, gehört nicht in diese Debatte“, konterte Broistedt. Mietverträge würden privatrechtlich geschlossen; eine Kommune habe sich da

nicht einzumischen. Dennoch habe sie noch einmal nachgefragt: „Mir liegt schriftlich vor, dass die Kaltmiete maximal um 2,59 Euro erhöht werden soll, und das auch nur bei voller Modernisierung, die gar nicht in allen Wohnungen nötig sein wird“, so Broistedt. Die Durchschnittsmiete liege derzeit bei 5,46 Euro, nicht bei 8,40 Euro. „Was die Linken hier machen, ist Stimmungsmache, die an andere Parteien erinnert“, wurde die Dezernentin deutlich. Das Ziel der Verwaltung sei es, dass alle Mieter in ihren Wohnungen bleiben können. Dies wolle auch die Adler AG. „Machen Sie den Menschen also nicht noch mehr Angst, sondern stärken Sie ihnen den Rücken“, appellierte Broi-stedt. Die Zahlen im – später abgelehnten – Antrag der Linken bezeichnete sie als „Fake News“.

In der Bürgerfragestunde wiederholte Broistedt auf Nachfrage einer betroffenen Mieterin mit Nachdruck: „Unser Ziel als Politik und Verwaltung muss es sein, dass alle Mieter in ihren Wohnungen bleiben können.“ Derselbe Ansatz werde beispielsweise auch im Quartier „Grüne Mitte Ebertal“ verfolgt. *mr*

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 24. Okt., 19.00 Uhr

Neues Rathaus, Raum 1118

Thema ist die Vorbereitung auf die Mitgliederversammlung Göttinger-Linke

Liebe Genossinnen, Genossen und Parteilose,

am 7. November findet unsere Jahreshauptversammlung statt.

Wir wollen schon im Vorfeld über die künftige Arbeit, die personelle Zusammensetzung des neuen Kreises und die kommenden Arbeitsschwerpunkte mit Euch diskutieren.

Erfahrungsgemäß ist das für eine einzelne Kreismitgliederversammlung zu viel, umgekehrt wollen wir nichts „im Hinterstübchen“ ausbaldowern, sondern mit interessierten Leuten aus der Göttinger Linken einige Fragen klären, einige Steine aus dem Weg räumen und möglichst viele Ideen sammeln.

Wir wollen den Kommunalpolitischen Arbeitskreis im Oktober dazu nutzen, über die „Göttinger Linke bis zu den nächsten Kommunalwahlen“ zu sprechen und hoffen auf Euer Interesse und Eure Beiträge.

Sehr geehrte Anwesenden,

mit unserem Antrag zu den Mieten und den geplanten Mietsteigerungen in Grone wollen wir Klarheit für die Mieterinnen und Mieter in Grone schaffen und auch einen Überblick für uns als Ratsleute: was kommt da auf uns und die Menschen in Grone zu?

Zur Situation in Grone gibt es aktuellere Informationen. Die Adler Real Estate hat am 18. August im Hotel Freizeit In eine Infoveranstaltung für die Mieterinnen und Mieter durchgeführt. Dabei präsentierte sie aktuelle Zahlen: Nicht um durchschnittlich 2 Euro pro Quadratmeter soll sich die Miete nach den Modernisierungsmaßnahmen erhöhen, sondern um „durchschnittlich 2,59 Euro bis zu 3 Euro pro Quadratmeter“. Die Adler rechnete die Kosten für die geplanten Modernisierungen vor und leitete davon diese Erhöhungen ab. Als durch Mieter gezielt nachgefragt wurde, wollte sie noch nicht einmal eine Deckelung auf 3 Euro/qm zusichern.

Weil wir auf die Entwicklung in Grone aufmerksam machen, müssen wir als Göttinger Linke uns nun schon den Vorwurf anhören, wir würden Angst verbreiten. Nein, betroffene Mieterinnen und Mieter kommen auf uns zu und teilen uns ihre Befürchtungen mit. Die Leute sind verzweifelt.

Wir haben den Eindruck, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen in den Ratsfraktionen, noch nicht wirklich verstanden haben, was sich dort abspielt. Kommen Sie doch einmal zu dem Treffen der Mieterinneninitiative und unterhalten Sie sich dort selbst mit den Betroffenen. Das nächste Treffen ist am 18. September im Nachbarschaftszentrum Grone. Dort werden Sie hören, was die Ankündigungen der Adler Real Estate für die Mieterinnen und Mieter in Grone konkret, für ihr Leben, bedeuten. Was resultiert aus einer Erhöhung der Miete um 3 Euro/qm? Für eine 50-qm-Wohnung 150 Euro Mieterhöhung. Bei 80 qm 240 Euro – Erhöhung! Die allerwenigsten der Leute in den betroffenen über 1.000 Wohnungen werden diese bezahlen können. Was soll mit diesen Mieterinnen und Mietern werden?

Sie, sehr geehrte Damen und Herren, werden nun hoffen, dass das alles so nicht stattfinden wird. Es wäre ja zu schlimm. Sie sollten sich aber nicht zu sehr selbst beruhigen. 3 Euro pro Quadratmeter Mieterhöhung werden interessanterweise auch im aktuellen Gesetzentwurf auf Bundesebene als Obergrenze genannt. Auch als es um Wohnungen ging, für die die Stadt Göttingen Belegungsrechte erworben hat, ist die Adler AG bei sehr vielen Wohnungen mit dem Mietpreis ganz genau an die obere Grenze, in dem Fall an die Angemessenheitsgrenze für Kosten der Unterkunft gegangen.

Auf Bundesebene fordert die SPD in ihrem Papier zur Mietenwende, dass Mietsteigerungen in den nächsten fünf Jahren die inflationsbedingte Preissteigerung, also ca. 2 %, nicht übertreffen dürften. Um was für prozentuale Anteile geht es in Grone? Auf eine Durchschnittsmiete von 8,40 Euro drei Euro drauf sind fast 40 % Steigerung!

Die Verwaltung hat im letzten Sozialausschuss noch versucht, Rechnungen vorzulegen, die besagen würden, dass sogar Transferleistungsempfänger wahrscheinlich nicht ausziehen müssten. Es ist inzwischen aber wohl deutlich geworden, dass das illusorisch ist. Es gibt schon jetzt zu wenig bezahlbaren Wohnraum in Göttingen. Wenn dieser Prozess durch die Adler AG wie angekündigt durchgezogen wird, dann werden wir in Göttingen noch mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen. Hunderte Mietparteien werden ihre Wohnungen kaum behalten können und diesen Bedarf werden wir befriedigen müssen.

Gerade, am 31. August, hat das Bündnis für bezahlbares Wohnen feierlich sein Bekenntnis unterzeichnet. MieterInnen sollten nicht allein gelassen werden, sagte Herr Köhler. Die Mieterinnen und Mieter in Grone fühlen sich aber allein gelassen. Sie haben seit Jahren diverse Mängel an den Häusern der Adler AG zu ertragen und fordern Instandsetzung statt Modernisierungsmaßnahmen, die für die MieterInnen nicht bezahlbar sind.

Das Bündnis will angeblich in den nächsten Jahren 5.000 bezahlbare Wohnungen schaffen. Zurzeit werden in Grone aber hunderte bezahlbare Wohnungen stattdessen quasi vernichtet. Die Adler Real Estate ist Mitglied des Bündnisses für bezahlbares Wohnen.

Es muss politischer Druck auf die Adler Real Estate ausgeübt werden. Wenn der Adler ihr Ruf egal wäre, dann würde sie nicht – mir fehlen die Worte, um diesen Widerspruch zu beschreiben – Mitglied im Bündnis für bezahlbares Wohnen sein.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► Der Verein Rotes Zentrum ist gegründet!

Um die Freude über die Vereinsgründung nachvollziehen zu können, wollen wir uns kurz mit der Geschichte der Roten Zentren in Göttingen beschäftigen.

Räumlich war es immer eine Verbesserung, vom Kleinbüro in der Bertheustraße über die Räume über dem Thairestaurant in der Geismar Landstraße bis hin zur Lange-Geismar-Straße. Immer waren es Einzelmietverträge, was für die Bertheustraße noch sinnvoll war, da dort nur die DKP das Büro nutzte. Diese tradierte Pachtform wurde schwierig mit der Buchung durch mehrere Gruppen und vollends schwierig, als der Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. Patrick Humke mit seiner Partei weder Direktmandat noch Listenplatz erringen konnte. Danach wurde irgendwie umgesattelt, neuerliche Querverbindungen wurden in Einzelgesprächen geknüpft und am Schluss hatten alle das Gefühl, besonders gut weggekommen zu sein. War wohl auch so.

Dumm nur, dass ein akuter Raumbedarf des Vermieters diesen die günstigsten Räume (d. h. die der Partei DIE LINKE. im Erdgeschoss) kündigen ließ. Schon damals hätte eine Regelung mit einem einzigen Mieter (idealerweise auch schon damals in Vereinsform) sicherlich eine Lösung gebracht, die deutlich weniger Unfrieden geschaffen hätte.

Aber ... hätte, hätte, Fahrradkette! Künftig können wir und unser Vermieter einfacher planen, können die Belastungen fair und offen ausdiskutiert werden, und siehe da – es gibt noch weitere Vorteile:

Durch die formal notwendig gewordene Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Projekt wächst auch eine richtige Zusammenarbeit. Gemeinsam werden wir künftig entscheiden, wer alles zu welchem Preis die Räumlichkeiten nutzt, gemeinsam wollen wir Veranstaltungen durchführen und gemeinsam wollen wir alle Probleme rund ums Haus lösen – von der Schlüsselknappheit bis zur tropfenden Dachrinne.

Und noch etwas ist neu: Die Fördermitgliedschaft!

Alle, denen eine gemeinschaftlich handelnde Linke unterschiedlicher Herkunft und Ausrichtung in Göttingen und Umgebung am Herzen liegt, können durch regelmäßige Zahlungen einiger Euros das Rote Zentrum unterstützen und ihre Verbundenheit so bekunden. Kontakt zum Verein inklusive. Der unten stehende Schnipsel soll dazu anregen, wegen der ganz frischen Gründung fehlt aber noch die Bankverbindung. Die werden wir nachliefern.



Ansonsten hat der Verein mit Bedacht nur wenige Mitglieder. Jede Gruppe, die das Haus nutzt und regelmäßige Zahlungen leistet, ist entweder selbst Mitglied oder stellt eine Person, die das Stimmrecht ausübt. Wichtige Entscheidungen werden mit mindestens einer deutlichen 4/5-Mehrheit getroffen, unwichtige eigentlich auch. Damit werden auch alle Gruppen zur Lösung einbezogen.

Es wird künftig auch weiterhin Interessenkonflikte geben, wir haben aber jetzt ein Instrument an der Hand, mit dem wir diese regeln können.

In diesen Zeiten, in denen Entsolidarisierung und Spaltung die Methode der Herrschenden ist, in denen die Gefahr von rechts immer konkreter wird und rechts zudem immer mehr in die Gesellschaftsmitteln eingedrungen ist, ist Solidarität unsere Waffe. Mit der Vereinsgründung haben wir eine solche geschmiedet.

► Termine im neuen Roten Zentrum

Freitag, 26.10. 18 Uhr

„Vom Ziegenmarkt zum Vogelhaus“

Geschichten zu den Häusern Lange Geismar Straße 2+3 und deren Nachbarschaft

Der heutige Albanikirchhof bildet einen der ursprünglichen Ortskerne Göttingens und hieß ehemals „Ziegenmarkt“.

Die Lange Geismar Straße führte von Anfang an zu weiteren Siedlungsteilen der heutigen Stadt. Mir Archivaufnahmen und Informationen aus historischen Dokumenten zeichnen wir die etwa 100-jährige Geschichte der beiden Häuser 2+3 nach – von Cafébetrieb und Eisen-

bahnverwaltung bis hin zu Weltladen, FriseurInnengeschäft und dem heutigen Lieschen-Vogel-Haus

Freitag 23.11. 18 Uhr

„600* ACAB + 1 Rammbock“

Persönliche Erzählungen zu der Hausdurchsuchung am 5.12.2017 in Wohnräumen des Lieschen-Vogel Hauses

Sonntag, 20.01 2019, 18 Uhr

„Grünkohl mit Karl und Rosa“



An: Rotes Zentrum Göttingen – Lange-Geismar-Str. 2 – 37073 Göttingen

rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Ich habe Interesse an einer Fördermitgliedschaft im neuen Verein „Rotes Zentrum Göttingen“.

Bitte kontaktiert mich über:

